

Stillegung von Kernkraftwerken

www.iavg.org/iavg050.pdf / Stand: 08.03.2006

Vor der Bundestagswahl am 27.09.1998 hat die Grüne Partei als Bedingung für eine Koalition mit der SPD die Stillegung der 19 deutschen Kernreaktoren innerhalb der nächsten fünf Jahre gefordert. Die hierdurch zu erwartenden volkswirtschaftlichen Schäden sind kaum absehbar.

Inhaltsverzeichnis

- [1. Realisierbarkeit des Kernenergie-Verzichts](#)
- [2. Der Verlust von Arbeitsplätzen](#)
- [3. Der volkswirtschaftliche Schaden durch Stillegung](#)
- [4. Die Substitution der Kernenergie](#)
- [5. Der Wissensverlust durch Stillegung](#)
- [6. Die Beeinträchtigung des Umweltschutzes](#)
- [7. Die Kosten der Demontage von Kernreaktoren](#)
- [8. Lagerung radioaktiver Abfälle](#)
- [9. Stillegung durch gesetzliche Zwangsmaßnahmen](#)
- [10. Die Umkehrung der Beweislast](#)
- [11. Wiederaufbereitung von Brennelementen](#)
- [12. Diskussion](#)

1. Realisierbarkeit des Kernenergie-Verzichts

Die politischen Bestrebungen zur Stillegung haben wahrscheinlich vorwiegend ideologische und psychologische Gründe. Die Forderung der Bundesregierung nach "Ausstieg aus der Atomenergie" übersieht deshalb bewußt oder unbewußt naturgesetzliche Fakten. Europa ist mit einem dichten elektrischen Verbundnetz überzogen. Durch die Stillegung deutscher Kernkraftwerke wäre ein "Ausstieg aus der Atomenergie" gar nicht realisierbar. Es müßten an den deutschen Grenzen Relaisstationen eingerichtet werden, die den Import von "Atomstrom" unterbinden.

Die Grüne Partei hat als Bedingung für die Beteiligung an der Bundesregierung gefordert, alle deutschen Kernkraftwerke bis zum Jahr 2003 stillzulegen. Es ist nicht möglich, in dieser Zeit genügend Solarzellen zu installieren, um den Strombedarf auch bei größter Sparsamkeit zu decken. Eine Kontigentierung des elektrischen Stromes ist unausweichlich.

Bei einem Verbleib im Verbundnetz wird Deutschland "Atomstrom" in erhöhtem Maße importieren, also tatsächlich nicht aus der "Atomenergie aussteigen". Da die Sicherheitsstandards in Frankreich und in Osteuropa nicht höher sind als in Deutschland, wird durch den "Ausstieg" weder das Reaktorrisiko vermindert, noch das Endlagerungsproblem gelöst.

[Seitenanfang](#)

2. Der Verlust von Arbeitsplätzen und technischer Kompetenz

Die gegenwärtig aktiven Kernreaktoren bieten etwa 40.000 Arbeitsplätze für hochspezialisiertes Personal. Unklar ist, welcher Ersatz für diese Arbeitsplätze geschaffen werden soll. Wenn es in Deutschland keine Kernkraftwerke mehr gibt, werden auch keine Fachkräfte auf diesem Gebiet ausgebildet werden können.

[Seitenanfang](#)

3. Der volkswirtschaftliche Schaden durch Stillegung

Kernreaktoren können nach übereinstimmender Meinung der Experten 40-60 Vollastjahre ohne Beeinträchtigung der Sicherheit gefahren werden. *Unklar ist, wie hoch sich der volkswirtschaftliche Schaden durch vorzeitige Stillegung beziffert.*

[Seitenanfang](#)

4. Die Substitution der Kernenergie

Die 19 Kernkraftwerke erzeugen Strom mit einer Leistung 22,2 Gigawatt. Das entspricht etwa 270 Watt pro Person. *Unklar ist, wodurch diese Leistung substituiert werden soll.*

[Seitenanfang](#)

5. Der Wissensverlust durch Stilllegung

Die Kernenergiegewinnung ist eine Spitzentechnologie. Die deutschen Kernreaktoren gehörten zu den sichersten der Welt. Dieser Status wurde durch erhebliche Anstrengungen in Wissenschaft und Technik erreicht. Durch die Stilllegung der Kernkraftwerke wird der hohe Wissensstand auf diesem Gebiet verspielt.

[Seitenanfang](#)

6. Die Beeinträchtigung des Umweltschutzes

Die Kernenergiegewinnung erfordert nur sehr geringe Mengen an Brennstoff und produziert keine in der Umwelt verteilten Schadstoffe. Die Substituierung der Kernenergie führt zu einer beträchtlichen zusätzlichen Umweltbelastung.

[Seitenanfang](#)

7. Die Kosten der Demontage von Kernreaktoren

Abriß und Entsorgung des Kernreaktors Würgassen kosten etwa 1 Mrd DM. Für die Stilllegung der übrigen 19 Kernreaktoren ist mit Kosten in Höhe von 19 Mrd DM zu rechnen. *Unklar ist, wie die Stilllegung finanziert werden soll.*

[Seitenanfang](#)

8. Lagerung radioaktiver Abfälle

Bei der Demontage von Kernkraftwerken fällt radioaktives Material an, in Würgassen beispielsweise 8.000 Fässer. Weil das Oberverwaltungsgericht Magdeburg die Einlagerung im Lager Morsleben verboten hat, muß der radioaktive Abfall auf dem Gelände des ehemaligen Reaktors verbleiben.

Die Stromwirtschaft hat bisher 3,5 Mrd. DM in die Endlagerstätten im "Schacht Konrad" und in Gorleben investiert. Diese Investitionen waren umsonst, wenn die Ziele von Bundeskanzler Schröder verwirklicht werden.

[Seitenanfang](#)

9. Stilllegung durch gesetzliche Zwangsmaßnahmen

Die Bundesregierung versucht, durch drastische Erhöhung der Haftungssummen um 900% die Kernkraftwerke konkurrenz unfähig zu machen. Rationale Gründe für die Erhöhung der Haftungssumme liegen nicht vor. Ebenso irrational ist die Forderung, die 2 Jahre dauernden Überprüfungen jährlich durchzuführen.

[Seitenanfang](#)

10. Die Umkehrung der Beweislast

Durch eine sogenannte "Beweislastklarstellung" sollen die Kernkraftwerke gezwungen werden, willkürlich behauptbare Unsicherheiten zu widerlegen. Diese Forderung stellt einen Bruch bisheriger rechtsprinzipien dar.

[Seitenanfang](#)

11. Wiederaufbereitung von Brennelementen

Die französische Firma Cogema unterhält in La Hague an der Kanalküste die größte atomare Wiederaufbereitungsanlage der Welt. 14 deutsche Kernkraftwerke haben mit der Cogema für den Zeitraum 1990 bis 2000 einen Vertrag zur Wiederaufbereitung von von 3000 t Brennelementen geschlossen. Die Anschlußverträge beziehen sich auf den Zeitraum von 2000 bis 2010. In diesem

Zeitraum sollen jährlich 1400 bis 2100 t deutsche Brennelemente in La Hague aufbereitet werden, entsprechend etwa 3 Mrd. Franc pro Jahr. Diese Verträge besitzen völkerrechtlichen Rang. Der Vertrag sieht auch die Rückführung der bei der Wiederaufbereitung entstehenden der radioaktiven Abfälle nach Deutschland vor.

Die Errichtung einer deutschen Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf war seinerzeit an gewalttätigen Aktionen der Antikernkraft-Bewegung gescheitert.

Die Bundesregierung will die Verträge mit dem Hinweis auf Höhere Gewalt kündigen. Dadurch ist es zu Spannungen mit der französischen Regierung gekommen.

12. Diskussion

Linder, Dr. Ludwig, Marl, Vorsitzender Verband Angestellter Akademiker etc. e.V.

Schreiben L.Ludwig an G.Schröder vom 19.01.99: "...Ende Januar beginnen Sie die Energiekonsensgespräche mit den Vorstandsvorsitzenden der Energieversorgungsunternehmen, die Kernkraftwerke betreiben. Unsere Gruppe aus Chemikern, Ingenieuren, Physikern, Wirtschaftswissenschaftlern und Juristen erwartet von Ihnen, daß die Reduzierung der Arbeitslosenzahlen als wichtigste Aufgabe Ihrer Regierung erklärt hat, daß in diesen Gesprächen nicht der Ausstieg aus der Kernenergie, sondern die Sicherheit und Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung in der Zukunft das zentrale Thema sein muß. Denn das Ziel der Reduzierung der Arbeitslosigkeit erfordert eine sichere und wirtschaftliche Energieversorgung der Industrie. An der Kernenergie, einer unserer High-Tech-Technologien hängen nicht nur die 40.000 hochqualifizierten Arbeitsplätze der Branche. Mit der Nachrüstung osteuropäischer Kernkraftwerke auf den deutschen Sicherheitsstandard sind auch weitere zahlreiche Arbeitsplätze in Deutschland gesichert, ebenso wie bei den Castor-Transportbehältern und auch den Erfahrungen bei der Endlagererkundung in Deutschland.

Mit den Fertigungsanlagen für die alternativen Energien (Solarzellen, Windkraftanlagen) sind derzeit deutlich weniger als 1.000 Arbeitsplätze geschaffen worden. Windstrom und insbesondere Solarstrom sind auch in den nächsten Jahren nicht wirtschaftlich und kosten den Steuerzahler auf lange Zeit nur Geld. Außerdem ist der Beitrag zur öffentlichen Stromversorgung vernachlässigbar (1997 Windstrom 0,5 %, Solarstrom 0,001 %).

Sie wären gut beraten, wenn Sie die ideologisch bedingten Vorbehalte gegen die Kernenergie beiseite schieben würden. Nicht nur bei großen Teilen der SPD stößt das Ansinnen der Abschaltung sehr gut funktionsfähiger Anlagen auf Unverständnis. Es würde auch niemand auf den Gedanken kommen, ein gut erhaltenes Haus nach 50 Jahren stillzulegen, bloß weil die 50-jährige steuerliche Abschreibungszeit abgelaufen ist. Nach der repräsentativen Umfrage bei der Bevölkerung (ZDF-Polit-Barometer vom 16.10.98) sind 77% für die weitere Nutzung der vorhandenen Kernkraftwerke, 7 % sind für Neubau, 13 % für sofortigen Ausstieg. Im Vergleich zu den Vorjahren hat die Zahl der Befürworter der Kernenergie sogar zugenommen. Die Minderheit der Kernenergiegegner macht nur mehr Lärm.

Die Mehrheit der Deutschen hat wohl verstanden, daß es keinen Sinn macht, die besten und sichersten Kernkraftwerke der Welt in Deutschland aus ideologischen Gründen abzuschalten. In den europäischen Ländern jenseits der deutschen Grenzen werden mehr als 150 Kernkraftwerke betrieben, weltweit sind es 430 Anlagen, 40 neue sind in Bau. Ein deutscher Alleingang macht daher keinen Sinn. Die Weltenergiekonferenz hat auf ihrer letzten Sitzung im Herbst 1998 festgestellt, daß zukünftig alle Energiearten (einschließlich Kernenergie und regenerative Energien) benötigt werden, da weltweit der Energiebedarf bis 2020 um 50 % ansteigen wird wegen des Bevölkerungswachstums und Steigerung des Lebensstandards in den Entwicklungsländern. Im übrigen: wie will Deutschland den 34 %igen Beitrag der öffentlichen Stromversorgung der Kernenergie ersetzen? Wie will Deutschland die international zugesagte Reduzierung des Klimakillers CO₂ ohne Kernkraftwerke einhalten?..."

Maisch, Günter, Stadtrat, Ludwigsburg

Schreiben G.Maisch vom 11.01.99: "Ihren offenen Brief an Bundeskanzler Gerhard Schröder vom 18.12.1998 habe ich als Anzeige in der Zeitschrift "IDEA-Spektrum" gelesen und stimme dem Inhalt voll zu. Bitte senden Sie mir 5 weitere Exemplare des offenen Briefes zur Verteilung an geeignete Persönlichkeiten ..."

Müller, Michael (MdB)

Schreiben M. Müller vom 04.09.02: "...Das von Rot-Grün mit dem Atomkonsens und dem Ausstiegsgesetz eingeleitete Ende der Atomkraft ist ein politischer Erfolg, der weltweit bisher nicht seinesgleichen hat. Deutschland ist das erste große Industrieland, das im großen Stil eine laufende Atomkraft beenden will..."

Schreiben IAVG vom 19.10.02: "...Sie schrieben uns am 04.09.02: "...". Die großen Ideologien des 20. Jahrhunderts haben uns gelehrt, daß auch die beste Propaganda keine Naturgesetze aushebeln kann.

Auch wenn Sie noch so viel Geld für Werbung ausgeben - Tatsachen lassen sich niemals manipulieren. Fakt ist, daß der von Ihnen als grandiose politische Leistung gefeierte "Atomausstieg" den Ausstieg Deutschlands aus der Reihe der großen Industrienationen bedeutet:

Finnland hat im Mai den Bau eines fünften Kernkraftwerkes beschlossen, Frankreich baut die Kernenergie aus, Rußland baut die Kernenergie aus, Indien baut einen Brutreaktor, um seine gewaltigen Thorium-Vorkommen auszunutzen. China baut Kernreaktoren für den Export, Südafrika baut Kernreaktoren und so weiter.

Sehen Sie sich doch die Leute an, die Widerstand gegen die Kernenergie leisten: Wieviel kriminelles Potential! Wieviel Demagogie! Wieviel Desinformation!

Die Wahrheit ist niemals manipulierbar. Arbeitslosigkeit und Steuererhöhungen lassen sich nicht wegdiskutieren..."

Schröder, Bundeskanzler Gerhard

Schreiben H.Penner vom 18.12.98: "...in der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Bündnis90/Die Grünen steht der Satz:

"Der Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie wird innerhalb dieser Legislaturperiode umfassend und unumkehrbar gesetzlich geregelt."

Unklar ist, ob mit "Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie" auch der Verzicht auf Tracertechnik und Krebstherapie mit Radioisotopen gemeint ist, die mittels Kernenergie hergestellt werden.

"Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie" bedeutet Verzicht auf den Import von Strom aus ausländischen Kernkraftwerken.

"Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie" bedeutet Stilllegung der 19 deutschen Kernkraftwerke, die weltweit die sichersten sind und 70% des in Süddeutschland verbrauchten Stromes liefern.

Eine Realisierung der Koalitionsvereinbarung hätte folgende Konsequenzen:

Anstieg der Zahl der Krebstoten und Rückschritt in der Forschung.

Europa ist mit einem dichten Elektrizitätsverbundnetz überzogen. An den Grenzen Deutschlands müßten Relais-Stationen errichtet werden, um grenzüberschreitende Überlandleitungen sofort abschalten zu können, wenn "Atomstrom" durch die Leitungen fließt. Nur auf diese Weise könnte verhindert werden, daß in Deutschland "Atomstrom" verwendet wird. Die Errichtung dieser Relais-Stationen würde Milliardenbeträge erfordern.

Die Stilllegung der derzeit mit maximaler Wirtschaftlichkeit arbeitenden Kernkraftwerke würde etwa 100 Milliarden Mark kosten, abgesehen von den Folgekosten.

Mit der Stilllegung der Kernkraftwerke würden etwa 150.000 hochqualifizierte Arbeitsplätze verlorengehen. Für diese Arbeitsplätze müßte Ersatz beschafft werden.

Mit der Stilllegung der Kernkraftwerke würden in Deutschland Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Kernenergie-Technik sterben. In internationalen Gremien zur Sicherheit der Kernenergie würde Deutschland nicht mehr vertreten sein.

Es wird nicht möglich sein, innerhalb von 5 Jahren Windmühlen und Photozellen mit einer Leistung von 22 Gigawatt zu installieren. Die Kontingentierung des elektrischen Stromes wäre unausweichlich. Der Verzicht auf Kernenergie würde die Abhängigkeit Deutschlands von äußerst instabilen Regionen und damit die Erpreßbarkeit der Bundesrepublik steigern.

Für den "Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie" gibt es keine rationalen Gründe. Der Reaktor von Tschernobyl ist nicht zufällig, sondern auf Grund einer "kriminellen Handlung" (Michail Gorbatschow) explodiert, bei der absichtlich mehrere Sicherheitssysteme ausgeschaltet wurden. Die Antikernkraft-Bewegung ist ausschließlich ideologisch motiviert. Im Interesse der deutschen Volkswirtschaft und der vielen Arbeitslosen bitte ich Sie dringend, den Koalitionsvertrag nachzubessern. Ich bitte Sie ferner um eine in der oben angegebenen IAVG-Internet-Dokumentation zitierfähigen Stellungnahme..."

(Dieses Schreiben erschien als Anzeige in IDEA-Spektrum 01/1999. Es wurde nicht beantwortet.)

Schreiben H.Penner vom 05.02.99: "... in den Koalitionsverhandlungen zur Bildung Ihrer Regierung haben Sie beschlossen: *"Der Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie wird innerhalb dieser Legislaturperiode umfassend und unumkehrbar gesetzlich geregelt."* Unumkehrbare gesetzliche Regelungen gibt es in einer Demokratie nicht. Die Koalitionsvereinbarung erweckt den Eindruck, daß Sie eine "Endlösung der Atomfrage" anstreben, d.h. eine irreversible Zerschlagung der

Nukleartechnologie.

Der Wissenschaftstheoretiker Thomas Kuhn hat den vielzitierten Begriff "Paradigma" geprägt und darunter den Theorierahmen verstanden, innerhalb dessen sich wissenschaftlich-technische Diskussionen bewegen. Innerhalb des wissenschaftlich-technischen Paradigmas sind längst Kriterien zur Beurteilung der Sicherheitsfragen und der Kosten-Nutzen-Relationen der Energiegewinnung entwickelt worden. Hierüber gibt es eine umfangreiche Literatur.

Es gibt verantwortungsbewußte Bürger - nicht zuletzt die Betreiber von Kernkraftwerken -, die innerhalb des wissenschaftlich-technischen Paradigmas ihre Sorge um die Sicherheit der Kernkraftwerke, auch um die Sicherheit vor eventuellen Attentaten oder menschlichem Versagen, sowie um die Last, die nachfolgenden Generationen durch die radioaktiven Abfälle auferlegt wird, artikulieren. Von diesem Personenkreis sind deutlich jene Bürger zu unterscheiden, die ideologisch auf das irrationale Antikernkraft-Dogma "Die Kernspaltung ist unser Unglück" festgelegt sind.

Das Antikernkraft-Dogma ist sehr wahrscheinlich von der Antifa-Bewegung entwickelt worden. Es erinnert in fataler Weise an das Dogma der Nationalsozialisten "Die Juden sind unser Unglück" und an das Dogma der Sozialisten "Die Kapitalisten sind unser Unglück". Der ideologische Charakter der Antikernkraft-Bewegung wird durch ihre erschreckende Gewaltbereitschaft unterstrichen, die enorme volkswirtschaftliche Schäden verursacht hat. Bei der letzten Bundestagswahl haben erfreulicherweise nur 6% der Wähler die auf das Antikernkraft-Dogma festgelegte Partei gewählt.

Zu befürchten ist, daß Sie bei den bevorstehenden "Konsensgesprächen" nicht einen Konsens über eine optimale Energiepolitik erzielen wollen, sondern die harte Durchsetzung des ideologischen Antikernkraft-Dogmas..."

[Seitenanfang](#)